

B) Fragestunde

Bürgermeister Mag. Nagl:

Jetzt ist es auf unserer Gemeinderatssaal-Uhr 12 Uhr und 34 Minuten. Es beginnt jetzt die Fragestunde und ich darf den ersten Redner ans Rednerpult bitten.

Die erste Frage stellt Herr Gemeinderat Stefan Haberler an Frau Stadträtin Elke Kahr.

B.1) Aus für zeitlich begrenztes kostenloses Parken für E-Autos?

Gemeinderat Haberler, MBA, Dipl.-Betriebswirt:

Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Stadtratskolleginnen und –kollegen, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, lieber Zuhörer, hohe Beamtschaft! Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr! Die Nachhaltigkeit und Ökologie der innerstädtischen Fortbewegung war und ist der Grazer ÖVP immer schon ein sehr großes Anliegen gewesen. Abgesehen vom ÖV müssen auch im Sektor des Individualverkehrs neue Wege gegangen werden. Deshalb wurde von Bürgermeister Siegfried Nagl mit dem Bund die Modellregion Elektromobilität ins Leben gerufen. Mit ein Grund dafür war die Reduktion des NO_x und Feinstaubbelastung. Vor allem bei der Feinstaubbelastung wissen wir, dass das eine sehr große Herausforderung ist, wo man eigentlich alles andenken muss bei uns. Im innerstädtischen Bereich durch den Elektroverkehr würde sich und lässt sich das ein bisschen eindämmen. Insofern wurden zahlreiche Anreize geschaffen, z.B. Förderung von Fortbewegungsmitteln, also dass die Elektroautos und auch Fahrräder von der Stadt Graz gefördert werden, bis zu einer gewissen Kaufwert-Obergrenze, was ganz entscheidend auch ist, also das heißt, die teuren Elektroautos, jetzt da die 80.000€-Autos werden von unserer Stadt Graz nicht subventioniert, aber und das hat zur Folge gehabt, dass ungefähr ein Drittel der Elektroautos österreichweit in Graz zugelassen sind, in unserer Region, also nicht nur Graz. Und auch soll der Anreiz sein, dass man mit den Elektroautos in die Stadt fährt und nicht mit diesel- oder benzinbetriebenen Fahrzeugen. Insgesamt seien ja um die 1.954 Ausnahmegenehmigungen in Grazer Kurzparkzonen ausgestellt und täglich geht man von 300 - 400 Autos aus, die in die Stadt als Elektroauto quasi ein- und ausfahren. Und da das natürlich eine sehr gute ökologische Bilanz hat, ein Elektroauto gegenüber einem anderen herkömmlichen, stelle ich deshalb die Frage:

Warum planen Sie, wie der Zeitung zu entnehmen war, den sinnvollen Anreiz des zeitlich begrenzten kostenlosen Parkens für den schadstofffreien Elektroverkehr in der Stadt zu beenden?

Bürgermeister Mag. Nagl: Danke vielmals. Ich darf nun um die Antwort bitten.

Stadträtin Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Wie Sie in der Frage an mich stellen, schadstofffreier Elektroverkehr in der Stadt Graz, dass ich den beenden will? Den kann ich und will ich auch gar nicht beenden, das ist klar. Aber ich habe als zuständige Stadträtin für das Parkgebührenreferat natürlich Sorgen und Entwicklungen, die mir die Kolleginnen und Mitarbeiter im Parkgebührenreferat mitteilen, ernst zu nehmen. Und genau so ist auch meine Aussage bei der PK zu verstehen gewesen und genau darauf lautet auch meine Antwort heute, die sich meine Mitarbeiter im Parkgebührenreferat für mich auch so vorbereitet haben, das sage ich auch und auch nicht neu ist. Sie wissen, dass mit der besonderen Kennzeichnung von Elektrofahrzeugen seit 01. April 2017 mit weißen Kennzeichentafeln mit grüner Schrift und der Befreiungsbestimmung für Elektrofahrzeuge der Grazer Parkgebührenverordnung, das Parkgebührenreferat von verschiedenen Stellen und auch Personen auf die nunmehrige Erkennbarkeit durch die Kennzeichnung und damit in Verbindung auch „der Sinnlosigkeit der Kennzeichnung mit der städtischen Befreiungsbescheinigung“ hingewiesen, und zwar sehr oft. Deshalb wäre eine Gebührenbefreiung und eine damit zusammenhängende Änderung sowieso nur durch die Grazer Parkgebührenverordnung möglich und dafür bin ich auch gar nicht zuständig, sondern mein Stadtratskollege Dr. Riegler. Wichtig ist aber uns schon festzuhalten, dass aktuelle, es sind mittlerweile bereits schon 1.981 Befreiungsbescheinigungen, von der Parkgebühr ausgestellt wurden, davon alleine 1.064 von auswärts. Dieser Umstand hat in der Praxis bereits zu vielen Beschwerden und Unmutsäußerungen der BewohnerInnen geführt, die für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zum Parken in den Kurzparkzonen ja zahlen müssen, und auf diesen Umstand hat auch unser Parkgebührenreferat schon 2015 hingewiesen und bekanntermaßen viele Inhaber von Befreiungen in den Kurzparkzonen, die maximale Parkdauer, die ja mit einer Parkuhr derzeit also mit 3 Stunden ja begrenzt ist, sich aber oft auch nicht halten, dass das nachgestellt wird und auch sehr oft der Stellplatz gewechselt wird.

Deshalb hat auch die Arbeitsgemeinschaft Parkraum, die ja ämterübergreifend ist, darüber eingehend und schon öfter diskutiert und eine Modellierung der Elektromobilität in der Parkraumbewirtschaftung mit einer entsprechenden Übergangsfrist empfohlen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Gebührenbefreiung für E-Fahrzeuge gibt es in Graz seit Mai '97. Städte wie Wien, Linz haben überhaupt keine Befreiung. Salzburg auch nur an gekennzeichneten Ladestellen. Die stark gestiegene Anzahl ist äußerst, muss man sich wirklich überlegen, seit 2014 waren es noch 484, jetzt mit 04.05. haben wir 1.954 und allein in den letzten vier Tagen sind 27 neue hinzugekommen. Also das ist eine Entwicklung, die sehr stark nach oben geht. Das ist auf der einen Seite natürlich erfreulich, aus dem genannten Grund wie schon gesagt, dass die Bereitschaft von Familien und Personen, auf ein E-Fahrzeug umzusteigen, aber gleichzeitig, und da sind wir bei einem springenden Punkt, auch E-Fahrzeuge benötigen die idente Parkfläche von anderen Kfz. Und genau darauf wird reagiert und muss auch die Parkraumbewirtschaftung reagieren. Weil die Parkgebühr ist ein Äquivalent für das Parken und nicht für das Fahren. Weiters ist auch ein Punkt, dass die E-Nutzerinnen geradezu, weil man sieht den hohen Anteil an Auswärtigen, angelockt werden, mit dem Kfz in die Stadt zu fahren, statt die Öffis zu benutzen und dies spießt sich natürlich auch mit den von uns gemeinsam gesteckten Verkehrs- und städteplanerischen Zielen.

Die Parkplatzproblematik, ich glaube, das muss ich Ihnen nicht sagen oder hier in den Raum, die wird verschärft, auf der einen Seite die Stadt wächst, also wird durch Nachverdichtungen, durch immer mehr Bauten, d.h. es gibt einen immens hohen Druck und deshalb kann es da auch keine Ungleichbehandlung gegen andere BewohnerInnen und Anrainern geben, die schon lange in Graz wohnen und wie gesagt für ihren Parkplatz bezahlen müssen.

Und das ist jetzt vielleicht nicht der springende Punkt, als Anreizmodell, wie gesagt, war das sinnvoll und auch gut, aber man muss auch dazu sagen, dass jene Käufer und Käuferinnen, die ein E-Fahrzeug kaufen, nicht zu den, sagen wir, sind nicht unbegütert. Also die Autos, sagen wir die günstigeren hast ab 20/25.000 € und es geht dann rasant nach oben.

Bürgermeister Mag. Nagl, ermahnt: Bitte auf die Zeit achten.

Stadträtin Kahr:

Genau, und deshalb empfiehlt die GPS, es wäre zu empfehlen nach der ARGE Parkraum. Wir werden in den nächsten Wochen ein Treffen dazu haben, wir werden darüber noch einmal diskutieren, dass man einen behutsamen Ausstieg und zu einer Veränderung dieser Parkgebührenverordnung kommt, die natürlich aber mein Kollege Stadtrat Riegler vorbereiten müsste. *(Allgemeiner Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl: Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat Haberler, MBA, Dipl.-Betriebswirt:

Das haben Sie sehr gut ausgeführt, danke. Die E-Fahrzeuge sind natürlich teurer und wenn man so ein E-Fahrzeug anschafft, dann hat man ja auch, dann fängt man überlegen an, wie lässt sich das oft finanzieren, vor allem, wenn man nicht so gut begütert ist. Und da hat das natürlich auch, wenn man nur drei Stunden in der Stadt gratis parken kann, man kann ja den ganzen Tag gratis parken, also die Pendler oder so, was da auch irgendwie einmal Thema war, dann hat das natürlich auch eine finanzielle Überlegung, dass man sagt, ok, die monatliche Belastung minus Parken das geht sich aus mit einem Elektro-Auto. Und jetzt ist es ja das Ansinnen von uns gewesen, aufgrund der Feinstaubbelastung und es geht die Frage hin, dass man so viele als möglich Elektroautos in die Stadt holen. Jetzt haben wir, da hat es knapp 2.000 Elektroautos, was ja sehr positiv ist, aber vielleicht sollte man erst drüber nachdenken, wenn wir so gegen die 10.000 Elektroautos gehen, oder wie auch immer, welche im Umland angedacht sind, dass es auch eine merkliche Luftverbesserung in der Stadt gibt. Dass man nicht jetzt so voreilig von etwas ausgeht, sondern eher einmal ein bisschen eine Planungssicherheit den Leuten gibt, nicht sagt, in zwei Monaten hört man auf, weil dann gibt es auch einen abrupten Stopp. Und da möchte ich von Ihnen wissen, stehen Sie dazu auch, dass Sie sagen, ok, dass man da noch vielleicht etwas zuwartet oder wie auch immer? Aber da möchte ich eigentlich von Ihnen hören, ok, ja, dass wir da schauen, dass wir wirklich die Modellregion quasi auch bleiben, dass wir diesen Stellenwert haben in Österreich.

Bürgermeister Mag. Nagl: Stadträtin.

Frau Stadträtin Kahr:

Ich stimme in der Ausführung, so wie Sie jetzt gesagt haben, auch zu. Es war nie gedacht, dass wir nächste Woche sozusagen daraus aussteigen, sondern es muss gut vorbereitet sein, man muss wirklich alles abwägen, wann der richtige Zeitpunkt ist und wie gesagt, ein entsprechendes Stück oder eine Aufbereitung müsste sowieso kollektiv hier im Haus diskutiert werden und deshalb gibt es auch diese Arbeitsgruppe nächste Woche, die ARGE, genau.

B.2) Fernwärmeversorgung in Graz

Bürgermeister Mag. Nagl: Danke vielmals. Ich darf nun Herrn Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch bitten, Frau Stadträtin Wirnsberger die Frage zu stellen.

Gemeinderat Mag. Fabisch:

Werter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Stadträtin, werte Tina!

Der Fernwärmeausbau der letzten Jahre hat wesentlich zur Verbesserung der Luftqualität in Graz beitragen. Um die Grazer Fernwärmeversorgung für die nächsten Jahre sicherzustellen, wurde 2014 das Projektteam Wärmeversorgung Graz 2020/2030 unter der Leitung des Umweltamtes und unter Beteiligung von Energie Steiermark, Energie Graz, Graz Holding, Grazer Energieagentur und mehrerer FachexpertInnen und Interessensvertretungen ins Leben gerufen. Dabei wurden im vergangenen Jahr mehrere Alternativszenarien zur Fernwärmeversorgung nach dem Wegfall der Fernwärmeversorgung durch das Kraftwerk in Mellach ab 2020 erarbeitet und kommuniziert, wie z. B. die Abwärmenutzung aus dem Papier- und Zellstoffwerk Sappi, aus der Marienhütte, der Eishalle und andere Fernwärmequellen, wie Biomasse oder auch Solarenergie. Teilweise wurden diese Projekte bereits umgesetzt. In der Puchstraße wurde Ende letzten Jahres eine Fernwärmeheizanlage errichtet, die als Ausfallreserve fungieren soll.

Medial angekündigt wurde auch schon ein Projekt namens „Big Solar“, das mit 500.000 m² an Kollektorenflächen 20 % des Fernwärmebedarfs der Stadt Graz decken soll.

Für die Grazerinnen und Grazer wäre interessant zu erfahren, wie weit die Maßnahmen zur Sicherung der Fernwärmeversorgung über das Jahr 2020 hinaus inzwischen fortgeschritten sind bzw. ob die Versorgungssicherheit und damit der weitere Fernwärmeausbau in Graz sichergestellt sind.

Daher stelle ich an Sie, an dich, liebe Frau Stadträtin, folgende Frage:

Wie weit sind die Pläne, die das Projektteam „Wärmeversorgung Graz 2020/2030“ ausgearbeitet hat, inzwischen gediehen?

Bürgermeister Mag. Nagl: Bitte um die Antwort.

Frau Stadträtin Wirnsberger:

Ja, sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Andreas. Dankeschön für diese Frage, das gibt mir nämlich die Gelegenheit, einmal aufzuzeigen, was sich in der relativ kurzen Zeit in dieser Arbeitsgruppe getan hat und welche Erfolge da auch mittlerweile schon vorzuweisen sind.

Diese Arbeitsgruppe hat sich unter Einbindung von rund 80 Experten und Expertinnen und unter der Leitung des Grazer Umweltamtes, unter der Leitung von Dr. Werner Prutsch, dem Amtsleiter im Umweltamt, umfassend mit Untersuchungen hinsichtlich der Fernwärmeversorgung beschäftigt und, wie gesagt, ist hier einiges gelungen.

Es gab politische Vorgaben, die lauten:

- keine Verschlechterung bei den spezifischen Emissionen,
- keine Verschlechterung beim Primärenergiefaktor, das bedeutet insbesondere bei der CO₂-Bilanz,
- Berücksichtigung der Emissionssituation in Graz,
- keine Erhöhung der Kosten in Relation zu anderen Beheizungsarten und
- Beibehaltung der Versorgungssicherheit.

Die großen Erfolge, die die Arbeitsgruppe in den letzten Jahren erzielt hat, haben mittlerweile auch internationale Anerkennung gefunden und wie du schon gesagt hast, einige Projekte sind umgesetzt, viele befinden sich in Umsetzung und es tut sich hier auch laufend noch etwas.

Umgesetzt ist bereits oder noch in diesem Jahr in Umsetzung:

- die Abwärmenutzung der Marienhütte – seit Mai 2016 umgesetzt, plus 3 % der Fernwärmeaufbringung zusätzlich,
- Helios-Solares-Speicherprojekt am Neufeldweg - bis Quartal 3/2017 umgesetzt, das sind 2.000 m² Solarfläche,

- Sappi Abwärmenutzung – ist bis Herbst 2017 umgesetzt, plus 13 % der Fernwärmeaufbringung zusätzlich,
- Heizzentrale Waagner-Biro-Straße – Adaptierung seit November 2016 umgesetzt, plus 2 % der Fernwärmeaufbringung zusätzlich.

Dann haben wir noch diese Abwärmenutzung in der Eishalle und die Biomasseanlage Hart bei Graz, seit September 2016 umgesetzt plus 2 %.

In Planung und in baldiger Umsetzung ist, wie du schon erwähnt hast, BIG Solar – das wird die größte Solaranlage Europas mit bis zu 20 % zusätzlich der Fernwärmeaufbringung und das bringt uns auch eine Ersparnis von 50.000 t CO₂/Jahr.

Darüber hinaus in Umsetzung, in baldiger Umsetzung, befindet sich die Abwärmenutzung aus der Kläranlage Gössendorf, mit bis zu 10 % der Fernwärmeaufbringung und in Prüfung ist bereits eine Abwärmenutzung der Linde Gas.

Ich kann dir sehr gerne diesbezüglich den ganz druckfrischen Statusbericht der Arbeitsgruppe zur Verfügung stellen. Du bekommst die erste Ausgabe. Dieser Arbeitsbericht wird auch bei den kommenden Energiegesprächen am 27. Juni vorgestellt werden, da eine herzliche Einladung an dich und auch an Sie alle hier und ich darf dir abschließend sagen, und auch den Grazerinnen und Grazern, die Versorgungssicherheit in Graz ist gegeben und jetzt können wir uns mit aller Kraft wieder ganz besonders der Qualität widmen.

Bürgermeister Mag. Nagl: Zusatzfrage?

Gemeinderat Mag. Fabisch:

Herzlichen Dank für die umfangreiche Antwort. Herzlichen Dank auch Herrn Dr. Prutsch und seinem Team für die seit Jahren erfolgreiche Tätigkeit. Wir Grazer sind sehr stolz darauf. Ich habe natürlich noch eine Bitte an dich, liebe Frau Stadträtin. Kannst du diese umfangreiche Antwort auch schriftlich unserem Klub zukommen lassen, wobei es für mich interessant ist, dass ich einmal wieder aus dem Bezirk St. Peter zu dieser Thematik befragt werde.

Bist du bereit, auf die gestellte Frage eben eine schriftliche Antwort an den Klub zu übersenden, mit besonderer Betonung des zu erwartenden Ausbaues im Bezirk St. Peter?

Frau Stadträtin Wirnsberger: Selbstverständlich.

Bürgermeister Mag. Nagl: Frau Stadträtin.

Gemeinderat Mag. Fabisch: Ich bedanke mich, Pfiat Gott.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Vielleicht auch eine Anmerkung für heute, weil wir sehr viel neue Mitglieder im Gemeinderat haben. Wer heute ein Stück vortragen wird beim Rednerpult, ist die Bitte, dass die Stücke danach auf diesem kleinen Tisch, hinter der Frau Stadträtin Wirnsberger, dann auch wieder hingelegt werden, sonst müssen wir den Stücken, den Originalstücken, oft nachlaufen. Also wer heute ein Stück vorträgt, bitte im Anschluss daran den orangen Behälter nutzen, sagt mir der Herr Polz gerade. Bitte, danke.

Gut, jetzt kommen wir zum 3. Fragesteller, Herr Gemeinderat und Klubobmann Mag. Armin Sippel fragt Frau Stadträtin Elke Kahr betreffend Tarifierungsanpassungen im öffentlichen Verkehr.

B.3) Tarifierungsanpassungen im öffentlichen Verkehr

Klubobmann Mag. Sippel:

Sehr geehrte Frau Stadträtin, Kahr!

Mit Juli 2017 werden die Tarife im ÖV durchschnittlich um 1,6 % steigen. Das bedeutet, dass die Stundenkarte von € 2,20 auf € 2,30 erhöht wird. In Ihrer Pressekonferenz am Freitag haben Sie einige Pläne vorgestellt, unter anderem haben Sie auch gesagt, dass Sie für eine Stabilisierung der Tarife eintreten und dass die Tarifierungsanpassung im Bereich des öffentlichen Verkehrs, dass sie die so nicht hinnehmen wollen. Ich meine, schön und gut, Ihre Projekte, die sie vorgestellt haben, ich finde es nur ein bisschen schade, dass Sie den erfolgreichen Weg der Gleichberechtigung, das müsste ja gerade der KPÖ auch wichtig sein, die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer, verlassen, denn Ihr Vorgänger, der Herr Stadtrat und jetzige Vize-Bürgermeister Eustacchio eingeschlagen hat, nämlich Gleichberechtigung zwischen motorisiertem Individualverkehr, öffentlichem Verkehr, Radfahrern und Fußgängern.

Und Sie haben auch bei der vorherigen Anfragebeantwortung schon ein bisschen durchklingen lassen, in welche Richtung es gehen wird, nämlich in Richtung Ideologie. Wenn Sie nämlich davon sprechen, bei den Ausnahmegenehmigungen bei E-Autos, dass Sie jetzt da das zurücknehmen wollen, weil es die Reichen trifft, dann hört man dann natürlich schon ein bisschen auch kommunistische Ideologie durch. Ich habe das ja gar nicht gewusst, dass im Verkehrsbereich, dass man da so ideologisch sein kann. Aber Sie haben das innerhalb Ihrer kurzen Amtszeit schon auch vorgeführt, wie das gehen kann oder die tageweisen Fahrverbote, die Sie da schon ins Fenster gestellt haben. Also, das sind ja durchaus auch ideologische Ansätze. Interessieren würde uns aber, wie Sie an die Finanzierung herangehen wollen, was diese Dinge betrifft? Weil das ist ja etwas, das auch kostenintensiv ist. Deshalb stelle ich an Sie die Frage **„Welche Maßnahmen zur Finanzierung haben Sie im Rahmen Ihrer Zuständigkeit angedacht, um sowohl die geplanten Tarifierungen zu kompensieren, als auch die vergünstigte Jahreskarte auf Auspendler zu erweitern?“** (Applaus)

Stadträtin Kahr: Geht es schon?

Bürgermeister Mag. Nagl: Bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Sippel. Es freut mich, dass auch Sie zumindestens die Pressekonzferenz genau verfolgt haben und Sie sind ja schon lange im Gemeinderat, deshalb dürfte es Ihnen natürlich auch nicht entgangen sein, dass die KPÖ sich schon immer für einen leistbaren öffentlichen Verkehr eingesetzt hat. Und ich denke, dass wenn Sie, weil Sie das Wort Gleichbehandlung oder Gerechtigkeit erwähnt haben, dass das auch Sie und Ihre Partei sehr oft auch in Wahlausschreibungen erwähnen, dann muss das aber natürlich auch Folgen haben und muss man auch Taten setzen. Und ich denke, dass es uns nicht egal sein kann, und gerade eben auch Einpendlerinnen oder für Bewohner, wie die Preispolitik in unserer Stadt Graz für den öffentlichen Verkehr gestaltet ist. Deswegen hat die KPÖ sich immer dafür eingesetzt, und insofern ist Verkehrspolitik natürlich auch eine soziale Frage, wenn es um einen öffentlichen Verkehr geht. Und es werden Ihnen auch Kollegen Ihrer Partei, die an anderen Orten sind, so bestätigen, weil ich das auch weiß. Maßnahmen dafür, wir haben uns immer für eine günstige Jahreskarte in Graz eingesetzt. Der Erfolg zeigt ja, dass es gelungen ist.

Nicht nur, weil man muss natürlich bei dem Angebot weiterkommen, aber natürlich ist das auch eine Möglichkeit, die Menschen zu dauerhaften Jahreskarten-BesitzerInnen zu gewinnen. Weiters ist es natürlich auch wichtig, dass man insofern gerecht bleibt, dass wenn man bei den GrazerInnen bleibt, die Auspendler miteinschließt. Da hat es auch letztes Jahr Gespräche schon gegeben auf Stadtregierungsebene. Wir setzen uns auch ein, und da gibt es sogar einen mehrheitlich gefassten Antrag hier im Haus, ich weiß jetzt nicht, ob Ihre Partei das unterstützt hat, aber dass der Seniorentarif von der ÖBB-Karte entkoppelt wird, auch von meinem Kollegen eingebracht, die im Verbund festgesetzte Verdreifachung, also die 1,75-fache Erhöhung immer automatisch vorzunehmen. Vom Verbraucherpreisindex ist es immer wieder ein Thema gewesen, ist auch hier mehrheitlich so beschlossen geworden und das sind nur einige Beispiele. Und da denke ich, da muss man dranbleiben. Ich habe, wenn Sie sagen zuständig, bin ich natürlich nicht, ich bin nicht die Finanzreferentin und ich bin auch nicht die Chefin vom Verkehrsverbund, aber meine Aufgabe als Verkehrsstadträtin sehe ich darin, mich dafür einzusetzen, politische Mehrheiten zu finden für diese Fragen.
(Applaus)

Bürgermeister Mag. Nagl: Klubobmann, Zusatzfragen?

Klubobmann Mag. Sippel:

Ja, es war jetzt nicht wirklich eine Antwort auf meine Frage, was für Pläne Sie in Richtung Finanzierung haben. Wir haben ja jetzt dann Budgetverhandlungen. Es wäre schon interessant, auch zu erfahren von Ihnen, welche Gedanken Sie haben, um das auch umzusetzen. Weil es ist ja so, dass die Koalition ja durchaus in ihrem Agenda-Programm, im Regierungsprogramm, ja auch zugesagt hat, wenn es vernünftige Verkehrslösungen gibt, wenn es vernünftige Projekte gibt, das auch entsprechend zu unterstützen. Nur es wäre schön zu erfahren, wenn Sie sich da hinsetzen und auch solche kostenintensiven Projekte vorstellen, wie Sie das auch finanzieren wollen. Beispielsweise hat Ihr Vorgänger Vizebürgermeister Mario Eustachio in seinem Bereich, wenn es um Subventionen geht, € 50.000 im Jahr eingespart.

Das ist durchaus möglich, mit ein bisschen Mut, wenn man die Dinge sich anschaut, oder sind Sie auch bereit, und das ist sozusagen meine Zusatzfrage, daran zu gehen, auch vielleicht einnahmenseitig auch einmal im Verkehrsbereich etwas zu tun? Ich meine, in der letzten Periode haben die Parkgebühren in die Höhe gesetzt, was nicht sonderlich populär war selbstverständlicherweise, aber wir haben dadurch Millionen Einnahmen mehr, die wir wieder in Verkehrsprojekte investieren können. Das heißt, haben Sie da irgendwelche Ansätze oder Pläne, wie man vielleicht auch innerhalb Ihres Ressorts einnahmenseitig oder durch Umschichtungen zu Geld kommen kann, um die Projekte, die Sie vorgestellt haben, auch umzusetzen? *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl: Frau Stadträtin, bitte.

Frau Stadträtin Kahr:

Selbstverständlich habe ich da Vorstellungen. Dazu müsste man, und da bin ich immer sehr für jede Schandtat zu haben, es müsste natürlich auch eine Einladung von eurer Seite kommen, weil seit der Gemeinderatswahl, das muss ich jetzt schon so sagen, hat es ein Gespräch mit dem zuständigen Stadtrat im Finanzbereich gegeben. Da sind wir aber die verkehrspolitischen Projekte durchgegangen in der AOG und in der OG und selbst da schaut es schwierig aus, wenn Sie sagen mir jetzt dann, dass Sie diese Maßnahmen zum Beispiel, was die Jahreskarte betrifft, unterstützen, dann sind wir ja zum Beispiel in einem Punkt uns ja schon einig.

Frau Stadträtin Kahr:

Aber wir können uns eigentlich gleich im Anschluss an diese heutige Gemeinderatssitzung einen gemeinsamen Termin ausmachen, selbstverständlich habe ich Vorstellungen. Aber da muss es natürlich auch gemeinsame Gespräche geben und das gewünscht sein und nicht zum Beispiel so, weil ich rege mich ja auch nicht auf, dass der Herr Bürgermeister und der Herr Vizebürgermeister eine Pressekonferenz geben über den Bereich Stadtraum, für den ich politisch zuständig bin. Aber es ist politisch legitim, dass sie sich dazu äußern, deswegen rege ich mich nicht auf. Deswegen dürfen Sie auch nicht umgekehrt so wehleidig sein, wenn die KPÖ sich weiterhin für sozialpolitische Preise bei den Öffis eintritt. *(Applaus)*

B.4) Reformen Sozialcard

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin Manuela Wutte fragt Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner betreffend die Reformen SozialCard.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrter Herr Stadtrat!

Meine Frage bezieht sich auf die von Ihnen geplanten Reformen der SozialCard. Die SozialCard wurde ursprünglich eingeführt, um bestehende Sozialleistungen zusammenzufassen und diese ohne bürokratische Hürden allen anspruchsberechtigten Personen zugänglich zu machen. Durch die von Ihnen geplanten Reformen müssen jedoch Leistungen wie der Heizkostenzuschuss und die Weihnachtsbeihilfe wieder separat beantragt werden. Sie begründen das damit, dass Personen, die z.B. eine vergünstigte Öffi-Karte brauchen, nicht zwangsläufig einen Heizkostenzuschuss benötigen. Die Einkommensobergrenze für die Beantragung der SozialCard liegt aber nur knapp über der Mindestsicherung. Deswegen nehme ich an, dass alle anspruchsberechtigten Menschen sowohl eine günstigere Öffi-Karte als auch einen Heizkostenzuschuss als auch Weihnachtsbeihilfe bitter benötigen. Ich befürchte weiters, dass manche Menschen nicht um die Beihilfen ansuchen werden, obwohl sie diese brauchen würden. Aus meiner Tätigkeit im Sozialbereich kenne ich viele Menschen, die das Gefühl, Bittsteller zu sein oder die Scham, auf Beihilfen angewiesen zu sein, sehr belastet.

Abhängig von der jeweiligen Lebenssituation, beispielsweise wegen eines behinderten Kindes, bestimmen manchmal unzählige Behördengänge den Alltag, was für den einzelnen Menschen eine sehr zermürende Wirkung haben kann. Deswegen meine ich, es liegt auch in der Verantwortung der öffentlichen Hand, diesen Menschen eben das Gefühl zu geben, keine Bittsteller zu sein, sondern geschätzte BürgerInnen unserer Gesellschaft. Daher richte ich folgende Frage an Sie:

Welche Fakten und Annahmen stehen hinter ihren Plänen, die Errungenschaften der Sozialcard, die armutsbetroffenen und armutsgefährdeten GrazerInnen den unbürokratischen Zugang zu wichtigen sozialen Leistungen ermöglicht, rückgängig zu machen? (Applaus)

Bürgermeister Mag. Nagl: Herr Stadtrat Hohensinner, bitte.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin. Danke für die Frage. Sie ermöglicht mir, kurz auch hier in diesem Rahmen über meine Pläne zu sprechen. Ich stehe zu 100% zur SozialCard. Die SozialCard wurde eingeführt, um Menschen zu fördern, damit sie eine persönliche Teilnahme an der Gesellschaft auch weiterhin haben und sie ist eine Errungenschaft der Sozialstadt Graz. Der unbürokratische Zugang bleibt auch weiterhin erhalten, ich bin aber gegen ein Gießkannen-Prinzip, nämlich, dass alle Sozialkarten-Inhaber alle Geldleistungen automatisch und ungefragt auf ihr Konto überwiesen bekommen. Unser Ansatz ist, dass wir auch den Sozialkarten-Beziehern mehr Eigenverantwortung übertragen, zukünftig sollen Anspruchsberechtigte über ihre SozialCard einmal im Jahr sehr niederschwellig aus dem Leistungsspektrum auswählen können. Zusätzlich habe ich vor, die Leistungen der SozialCard auch auszuweiten. Wir sind gerade in Planung, dass wir auch für Kinder von Sozialkarten-Inhabern den Zugang zu unseren Sportvereinen günstiger gestalten, wir schauen, dass wir da eine Ermäßigung von 20 % zusammenbringen. Mir ist auch ganz wichtig, und das ist auch meine Aufforderung, dass Sie bitte nicht mehr weiter den Menschen einreden, dass jeder Weg ins Sozialamt ein Weg für Bittsteller ist. Ich möchte einfach mit dem Begriff Bittsteller hier aufräumen.

Menschen, die vorübergehend oder über einen längeren Zeitraum Unterstützung durch das Sozialamt benötigen, soll geholfen werden und damit sie möglichst schnell wieder auf eigenen Beinen stehen und im Leben Fuß fassen. Das sehe ich als wichtiges soziales Service und genau diesen Ansatz nehme ich her, dass sich das Sozialamt in diese Richtung weiterentwickelt. Da sind im Sozialamt schon viele Schritte passiert, das Service wird hier großgeschrieben. Mein Vorgänger, Michi Ehmann, hat auch den Info-Service-Point initiiert, die budgetären Mittel sind bereits vorgesehen und hier wird fest daran gearbeitet. Und ich möchte noch eines sagen, was Sie angeführt haben, Sie haben gesagt, alle Karteninhaber werden auch z.B. die Öffi-Karte benutzen und in Anspruch nehmen. Wir haben 15.000 Sozialkarten-Inhaber zurzeit und ca. 11.000 Inhaber nutzen die Mobilitätskarte. Also das stimmt schon einmal nicht, aber wir werden wirklich die Sozialkarte verbessern, weiterentwickeln und ich möchte Sie auch auf diesem Weg mitnehmen.

Bürgermeister Mag. Nagl: Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin Wutte, MA:

Ja, danke für die Erläuterungen. Meine Zusatzfrage geht in die Richtung, ob Sie sich vorstellen können, eben die genannten Reformen der Sozialkarten nach einer angemessenen Zeit zu evaluieren, eben um sicherzustellen, dass die Zugänglichkeit für alle betroffenen Menschen gewährleistet ist?

Bürgermeister Mag. Nagl: Herr Stadtrat.

Stadtrat Hohensinner, MBA: Dazu bin ich gerne bereit. *(Applaus)*

B.5) Sozialcard/Abwicklung der geplanten Änderungen speziell im Hinblick auf separate Antragstellungen

Bürgermeister Mag. Nagl: Klubobmann Michael Ehmann fragt nun Herrn Kurt Hohensinner ebenso zum Thema SozialCard – Abwicklung der geplanten Änderungen speziell in Hinblick auf die separate Antragsstellung.

Klubobmann Ehmann:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte StadträtInnen, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt!

Das ist das Los des 5. Platzes, dass wir jetzt die gleiche Frage behandeln müssen, aber ich tue es trotzdem gerne. Und zwar, ich habe tatsächlich die Sorge in diesem Bereich und ich habe auch viele Gespräche, auch viele Anrufe gehabt, dass es hier durch die öffentliche Wahrnehmung bzw. durch Aussagen der Änderungen oder der geplanten Änderungen bei der SozialCard in diese Richtung geht der separaten Antragstellung, also sprich: die Aufhebung des Automatismus. Der Automatismus hat ja grundsätzlich den Sinn gehabt, dass man gesagt hat, Menschen, die sowieso in prekären Lebenssituationen sich befinden, es sowieso schwer haben, sich nicht noch zusätzlich, natürlich vorab durch Prüfung, weil es gibt ja nur den Rechtsanspruch bei GIS-Gebührenbefreiung oder analog der GIS-Gebührenbefreiung, ansonsten gibt es die SozialCard ja nicht. Das heißt, hier war es oder ist es notwendig gewesen, aus unserer Sicht damals, das einzubeziehen, dass wir sagen, die Menschen sollten nicht zusätzlich noch den Kopf dafür freimachen können und jetzt wo es um Antragsstellung geht und zusätzlich noch zum Sozialamt zu pilgern.

Wobei ich da zustimmen kann, dass wir das Sozialamt zukünftig schon derart ausrichten sollten, das wäre auch mein Weg gewesen, den haben wir bereits begonnen, dass es kein Bittstellungsamt ist, sondern eben ein Amt, Menschen wieder auf den eigenen Weg zu helfen und das schnellstmöglich, dem kann ich zustimmen. Aber, wie gesagt, es ist trotzdem, es hat für eine Irritation gesorgt, das ist sicherlich der Fall und deshalb namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion vielleicht nochmals die Frage an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat:

Wie stellst du dir konkret eine Abwicklung der separaten Antragstellungen vor, bei der speziell die ältere Generation nicht von vornherein aufgrund besagter „Schwellenängste“ auf berechnete Angebote verzichtet?

Bürgermeister Mag. Nagl: Herr Stadtrat bitte um die Antwort.

Stadtrat Hohensinner, MBA: Sehr geehrter Herr Klubobmann, lieber Michael! Danke für deine Frage, und du hast in deiner Frage auch formuliert, dass es Irritation gegeben hat, Verunsicherung. Diese Verunsicherung wurde verursacht von einigen Parteien, die in die Medien gegangen sind, die gesagt haben, um Gottes Willen, Sozialabbau, das kann gar nicht sein und ich möchte an dieser Stelle sagen, es ist kein Sozialabbau, es ist ein Umbau und ein Aufbau, also eine Ausweitung der SozialCard und ich möchte dich auch ausnehmen, weil du hast eine konstruktive Kritik geübt in deiner Aussendung, das habe ich auch wirklich gut gefunden. Aber zu deiner Bitte, ich werde das jetzt noch einmal skizzieren: Anspruchsberechtigt werden in Zukunft jene Bürger sein, die mindestens ein Jahr in Graz gemeldet sind, d.h., das verlängert sich um ein halbes Jahr. Die Karteninhaber sollen einmal im Jahr aus dem Leistungsangebot auswählen können, das wird, so hoffe ich, nicht nur im Sozialamt möglich sein. Wir haben jetzt auch mit dem Präsidialamt gesprochen, die Frau Mag. Ennemoser war bei mir bei einem Termin. Wir schauen, dass wir die Servicestellen hier miteinbeziehen können. Das war auch im ursprünglichen Gemeinderatsbeschluss auch schon drinnen, dass die Anspruchsberechtigten ihre Anträge nicht nur im Sozialamt, sondern auch dort abgeben können und wir prüfen gerade, ob es nicht vielleicht ganz niederschwellig eine Online-Variante geben könnte.

Aber zu deinem Kern jetzt, zu deiner Kernfrage: wie es aussieht mit den älteren Menschen. Ich habe mir das wirklich sehr lange durch den Kopf gehen lassen, habe mit sehr vielen Menschen auch gesprochen. Ungefähr, dass sich der Gemeinderat, dass Sie sich etwas vorstellen können, gesamt sind 15.308 Menschen anspruchsberechtigt und es gibt jetzt schon 3.747 Menschen, die dauerhaft anspruchsberechtigt sind. Das sind zum großen Teil Mindestpensionisten, die waren jetzt schon nicht mehr gefordert, jedes Jahr den Antrag auf eine SozialCard zu stellen, sondern die haben die SozialCard dauerhaft besessen und ich hätte vor, und werde im nächsten Gemeinderat eben meine Reformvorschläge Ihnen übermitteln hier im Gemeinderat und ich habe vor, diese Gruppe auch auszunehmen. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl: Danke, vielmals. Gibt es eine Zusatzfrage?

Klubobmann Ehmann: Ja, eine Zusatzfrage hätte ich. Das hast du jetzt sehr gut ausgeführt. Also die Ausgleichszulagenbezieherinnen und -bezieher auszunehmen, nur grundsätzlich müssen wir trotzdem, glaube ich, darauf achten, nach dem Gleichheitsprinzip hier nicht, dass wir hier keine Ungleichheit herstellen, zum einen, zum anderen hätte ich eine Frage, eine Zusatzfrage noch. Du hast selber gesagt, rund 15.300 Bezieherinnen und Bezieher gibt es zurzeit. Das heißt, wenn sie jetzt nicht durch den Automatismus überwiesen Weihnachtsbeihilfen, Schulaktion, Heizkostenzuschuss etc. erhalten, bedeutet das aber natürlich aus meiner Sicht einen verwaltungstechnischen Mehraufwand, weil natürlich muss die Antragstellung durchgeführt werden bzw. abgegeben werden. Es wird auch wer bearbeiten müssen. Hast du dir das angeschaut, dass du dir das einmal durchgerechnet hast, ob dieses nicht einen Mehraufwand im Budget überhaupt bedeuten würde, wenn man vom Automatismus, abgesehen davon vom menschlichen Zugang her, vom Automatismus abkommt, ob das nicht verwaltungstechnisch eine höhere Budgetierung erfordern würde?

Bürgermeister Mag. Nagl: Herr Stadtrat, bitte.

Stadtrat Hohensinner, MBA: Also zum ersten Satz von dir, zur ersten Anmerkung, mit dem Gleichheitsgrundsatz kann ich nur sagen, du warst bisher verantwortlich für die SozialCard und es hat eben den einen Personenkreis gegeben, die dauerhaft die Sozialkarte besessen haben und zum anderen, die, die jährlich, oder solange die GIS-Gebühr aktuell war oder die Befreiung aktuell war, die Karte besessen haben. Also es hat schon zwei Gruppen gegeben, also das mit dem Gleichheitsgrundsatz, das lasse ich einmal so nicht gelten. Zu deiner anderen Frage, ich werde das natürlich prüfen. Das Präsidialamt ist hier miteinbezogen und auch die Magistratsdirektion und, wie gesagt, wir wollen das sehr niederschwellig, sehr günstig machen und ich bin davon überzeugt, dass, sollten wir eine Online-Variante zusammenbringen, dass ein Großteil der Bezieherinnen und Bezieher die Online-Variante in Anspruch nehmen werden und dadurch nicht mehr Kosten oder nicht viel mehr Kosten entstehen werden.

Bürgermeister Mag. Nagl: Danke vielmals für die Antwort. *(Applaus)*

B.6) Kostenloser öffentlicher Verkehr dank Handy App

Bürgermeister Mag. Nagl:

Wir kommen zum nächsten Fragesteller. Herr Gemeinderat Swatek fragt Frau Stadträtin Kahr.

Gemeinderat Swatek, BSc:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren und sehr geehrte Frau Kahr! Wie Sie wissen, möchte ich als Neos in Zukunft mutiger und... *(unverständlich)* im Grazer Gemeinderat einbringen, um Graz zum Innovationsmotor Österreichs zu machen und dazu zählt natürlich auch der öffentliche Verkehr.

Wir alle wissen, wir leben in der Feinstaubhauptstadt Österreichs, das ist ein massives Problem, auch für die Gesundheit. Und ich finde, es ist an der Zeit, neue Wege im öffentlichen Verkehr zu gehen und die Menschen endlich weg vom Individualverkehr hin zum öffentlichen Verkehr zu bringen. Und da gibt es ein gutes Beispiel für eine innovative neue Idee in Düsseldorf. Dort kann man kostenlos mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, wenn man auf einer Handy-App einen Werbespot schaut. Dafür bekommt man dann ganz einfach eine Stundenkarte gratis. Und ich wollte Sie daher fragen:

Könnten Sie sich vorstellen, ähnlich wie in Düsseldorf, eine Handy App zu etablieren, in der man für das Ansehen eines Werbespots eine kostenfreie Stundenkarte der Holding Graz Linien erhält?

Bürgermeister Mag. Nagl: Bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr: Danke, sehr geehrter Herr Gemeinderat, für Ihre Anfrage. Das ist immer gut, neue Ideen. Die Idee ist den Graz Linien aber bekannt. In der Vergangenheit, also letztes Jahr, hat es diesbezüglich auch eine Anfrage eines heimischen Unternehmens gegeben, und die Graz Linien weisen aber auf einen Punkt hin, der natürlich wichtig ist. Um ein solches Gratis-Öffi-Ticket abzubilden, ist es natürlich generell notwendig, die Öffi-Tickets auf mobilen Endgeräten fälschungssicher darzustellen. Das ist aber noch nicht möglich, weil sie derzeit die technischen Voraussetzungen, um diese App zu installieren, noch nicht so weit sind. Es gibt aber eine Arbeitsgruppe bei der Holding Graz Linien und im Zuge dessen werden alle technischen Rahmenbedingungen versucht zu schaffen, um eben künftig bei den Öffi-Tickets über ein App zu kaufen und auch auf diesen fälschungssicher abzubilden. Das ist der erste Schritt, der ist ganz wichtig. Wenn der geschafft ist, wird man, und das wird auch parallel dazu erfolgen, bei dieser Arbeitsgruppe prüfen, ob eine mögliche Umsetzung des Gratis-Öffi-Tickets durch einen Werbespot auch ermöglicht werden kann. Also das läuft zeitgleich. Und aber wichtig ist auch, dass eine Voraussetzung ist, dass dieses kostenlose Ticket vom Betreiber des Werbesystems nach den Tarifen des Steirischen Verkehrsverbundes natürlich dann rückerstattet werden müsste.

Bürgermeister Mag. Nagl: Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat Swatek, BSc:

Vielen Dank für die Beantwortung. Ich wollte nur generell fragen, weil ich Ihre Pressekonferenz auch verfolgt habe, ob Sie in irgendeiner Art und Weise Vorhaben, neue Technologien wie das Smartphone in Ihren Verkehrskonzepten, einzubinden?

Bürgermeister Mag. Nagl: Bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr: Ich habe Ihnen schon gesagt, alles, was mithilft, die Zugänge zu erleichtern, das Angebot zu verbessern, ist dienlich. Da verlasse ich mich, das muss ich jetzt aber wirklich sagen, in dieser Frage ausschließlich auch auf die Mitarbeiter und auf die Experten, die da Ahnung haben. Ich selber verwende nicht einmal noch ein Smartphone, also ich bin da sowieso nicht die richtige Ansprechpartnerin. Ich zahle noch am liebsten bar, aber deswegen sage ich ja, hat man ja Fachleute und auch Experten, die einen da gut beraten, aber prinzipiell bin ich solchen Sachen immer aufgeschlossen, ist ja klar.

Bürgermeister Mag. Nagl: Danke, vielmals. *(Applaus)*

B.7) Straßenbahnhaltestelle Münzgrabengürtel sowie ampelgeregelte Fußgänger- und Radwegequerung Münzgrabengürtel/Ecke Münzgrabenstraße

Bürgermeister Mag. Nagl: Wir kommen zur Frage Nr. 7, Gemeinderat Markus Schimautz fragt Frau Stadträtin Kahr betreffend Straßenbahnhaltestelle Münzgrabengürtel sowie ampelgeregelte Fußgänger- und Radquerung am Gürtel und in der Straße.

Gemeinderat DI (FH) Schimautz, MA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Stadträtin Kahr! Wir haben in der Münzgrabenstraße, im Bereich Moserhofgasse zwischen Moserhofgasse und Brockmannngasse, keine einzige Straßenbahnhaltestelle, obwohl es genau in diesem Bereich, in diesem langen Bereich, ein starkes Bevölkerungswachstum gibt. Wir wissen, einige Wohnprojekte, wie das Messequartier, sind dort bereits entstanden und wir wissen auch, dass weitere Projekte wie Am Dominikanergrund dort in den nächsten Monaten und Jahren entstehen werden. Daher ist es natürlich auch naheliegend, dass es bereits abgeschlossene Planungsarbeiten einer Straßenbahnhaltestelle im Bereich des Münzgrabengürtels gibt, was natürlich auch ein besonderer Standort wäre, weil es genau sich auf dieser Höhe auch verbinden lässt, dort die Radfahrwege, die dort zusammentreffen, auch in dieses Projekt zu integrieren. Wir können dort, genau in diesem Bereich des Münzgrabengürtels, tagtäglich erkennen, wie sich dort junge und ältere Menschen über die Münzgrabenstraße hinwegbewegen und versuchen, per Fuß bzw. Rad diese Straße zu überqueren und es dort immer wieder zu brenzigen Situationen kommt.

Da die Planungsarbeiten bereits abgeschlossen sind, Budgets auch dafür reserviert sind, stellt sich daher für mich nun die Frage, wie Sie politisch zu diesem Projekt stehen, ob Sie da dahinterstehen, ob Sie sagen würden, wir können diese Projekt in Bälde in Angriff nehmen?

„Sind Sie bereit, dafür Sorge zu tragen, dass bis zur Fertigstellung der neuen Siedlungsanlage auf den Dominikanergründen die Errichtung der Straßenbahnhaltestelle auf Höhe der Münzgrabenkirche/Hafnerriegel sowie der ampelgeregelten Fußgänger- und Fahrradwegequerung auf Höhe Münzgrabenstraße/Münzgrabengürtel umgesetzt werden?“

Bürgermeister Mag. Nagl: Bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Das ist nicht das erste Mal, also auch mein Vorgänger der Herr Stadtrat Eustacchio ist zu dieser Frage schon, also diesem Anliegen, befragt worden, meine Bezirksratskollegen im Bezirksrat, ich glaube, es gibt sogar einstimmige oder mehrheitliche Beschlüsse. Das ist ein absolut berechtigtes Anliegen und ich kürze jetzt einfach die Stellungnahme meines Verkehrsplanungsamtes ab, und sage Ihnen einfach: Es ist ein wichtiges Anliegen, es wird auch in der Zukunft sozusagen, es wird auf jeden Fall befürwortet, von allen Abteilungen. Es hat aber nicht die oberste Priorität, das wissen Sie ja auch, Sie kennen, glaube ich, auch die Antworten, weil es noch wichtigere Maßnahmen gibt, die umzusetzen sind, wenn sozusagen unser Amt mehr Mittel hätte, könnten wir das rascher oder in Bälde umsetzen, so wird es ein Projekt sein, wo eben genau in Hinblick, wie Sie richtig sagen, Gehweg, Radquerungen Hafnerriegel, das alles inkludiert wird. Weil alleine nur der Haltestellenbereich fordert immens hohe Kosten, das wissen Sie. Und wenn man das schon macht, dann sollte das sozusagen gemeinsam alles gemacht werden, und das ist sicherlich eine Maßnahme, ob wir das jetzt schaffen, da will ich dann keinen Zeitpunkt nennen, aber es ist auf der Agenda oben, aber sind derzeit vorrangig andere Projekte umzusetzen, die genauso sozusagen auch einstimmig in Bezirksräten oder sozusagen auf der To-Do-Liste, wie man sagt, oben sind. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl: Zusatzfrage?

Gemeinderat DI (FH) Schimautz, MA: Dankeschön einmal für die Beantwortung dieser Frage. Wenn ich es recht verstanden habe, befürworten Sie dieses Projekt, sehen aber nicht höchste Projektpriorität bei der Umsetzung, das heißt, das darf ich den Bewohnerinnen und Bewohnern auch so weitergeben, die dort tagtäglich diese Straße queren wollen. Ich möchte aber noch einmal da ein bisschen einhaken und fragen, welchen Zeithorizont Sie da, Sie haben gesagt, Sie wollen nicht genau darauf eingehen, aber Sie ungefähr dort einen Zeithorizont nennen können, dass man der Bevölkerung doch irgendwo einen Horizont geben kann. Sprechen Sie dort jetzt von einem halben Jahr, Jahr, drei Jahre, fünf Jahre, Ihrem Lächeln könnte ich fast zehn Jahre abgewinnen, von welchem Zeithorizont sprechen Sie da? Das wäre und verbunden damit auch was könnte das beschleunigen? Also, haben Sie da eine Idee, wie man das schneller vorantreiben könnten, welche Personen, welche Gegebenheiten müssten dann noch zusätzlich eingebracht werden, um dieses Projekt noch schneller vorantreiben zu können?

Bürgermeister Mag. Nagl: Bitte, Frau Stadträtin.

Frau Stadträtin Kahr: Habe ich Ideen? Die sage ich Ihnen jetzt nicht. Weil zuerst einmal muss ich die Budgetverhandlungen zu Ende bringen. Dann weiß ich nämlich ganz genau, was von der ganzen Vorhabensliste, wo natürlich auch das Projekt oben ist, also das möchte ich Ihnen nur sagen. Es ist wichtig, es ist notwendig, wenn das Budget sozusagen ausreicht, dann kann man es bald machen, wenn es nicht ausreicht, dann wird es nicht so schnell gehen, aber diese Antwort kann ich Ihnen nach den Budgetverhandlungen geben.

Gemeinderat DI (FH) Schimautz, MA: Vielen Dank.

Bürgermeister Mag. Nagl: Danke vielmals.

B.8) Finanzierung Lärmschutzmaßnahmen bei der Reininghaus-Mälzerei

Bürgermeister Mag. Nagl: Ich darf nun Herrn Gemeinderat Horst Alic bitten, seine Frage an Stadtrat Günter Riegler zu stellen.

Gemeinderat Alic: Oje, die Zeit läuft.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und geschätzte Zuhörerschaft! Ich lese einmal das erste Stück. In den vergangenen Monaten war wiederholt davon die Rede, dass die Stadt Graz die Kosten für Lärmschutzmaßnahmen bei der Mälzerei der Stadlauer Malzfabrik auf den Reininghausgründen übernehmen könnte, um Verzögerungen bei der Entwicklung und Bebauung der Flächen zu vermeiden. Die Investitionssumme wurde mit mehr als einer Million Euro angegeben. Ich bin sehr froh, in einer Stadt leben zu dürfen, die es immer wieder schafft, Investoren anzulocken oder die es schafft, dass Investoren kommen und investieren, Arbeitsplätze schaffen durch ihre Investitionen und... *(Zwischenruf unverständlich)*

...und dennoch ist es schön, in dieser Stadt zu wohnen und es gibt auch Investitionen, die die Stadt tätigt und zwar automatisch und ich muss da ja auch mitmachen, nicht? Und eine Million Euro ist sehr viel Geld. Das muss man nicht in kleine Scheine wechseln, um zu sehen, wieviel das ist, man könnte zum Beispiel auch einen Mitarbeiter der Stadt Graz fragen, einen Straßenbahnfahrer oder den Portier, wieviel er als Leistungsbelohnung kriegt, ja? Könnte einen durchschnittlichen Wert errechnen und mit dem die Million dividieren. Dann könnte man sagen, ja wie man Anerkennung materiell abgelten kann, weil auch diese Leute bringen Tag für Tag ja Investitionen ein und investieren Zeit, Lust, Engagement und ihre Arbeitsleistung in die Stadt Graz und bringen sie auch weiter. Jetzt stelle ich die Frage, sehr geehrter Herr Stadtrat:

Auf welche Weise und in welcher Höhe beabsichtigt die Stadt Graz, sich an den Kosten für die Umrüstung der Mälzerei auf den Reininghausgründen zu beteiligen?

Bürgermeister Mag. Nagl: Danke, vielmals. Bitte um die Antwort, Herr Stadtrat Riegler.

Stadtrat Dr. Riegler: Ja Grüß Gott, Herr Gemeinderat Alic! Danke für Ihre Frage, die gibt mir die Gelegenheit, so antwortet man ja oft bei solchen Gelegenheiten, die gibt mir die Gelegenheit, unter Beweis zu stellen, dass wir eine besonders flotte, effiziente, effektive Zusammenarbeit Zukunft Graz sind. Die Antwort wird nämlich sehr kurz sein. Es ist mit null Euro von Seiten der Stadt irgendeine Bezuschussung erfolgt. Die einzige Rolle, die wir einnehmen, ist die eines Moderators, um zu bewirken, dass sich zwischen Bauträgern und Stamag da möglichst eine Einigung ergibt.

Bürgermeister Mag. Nagl: Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat Alic: Nachdem die Zuwendungen in Form von null Euro erfolgen, nein danke, gibt es keine (*GR Alic lacht*).

Bürgermeister Mag. Nagl: Danke vielmals.

B.9) Ergänzung der Pflegedrehscheibe um den Bereich Wohnraumanpassung

Bürgermeister Mag. Nagl:

Nächste Fragestellerin ist Frau Gemeinderätin Claudia Schönbacher. Sie fragt Herrn Stadtrat Krotzer betreffend Ergänzung der Pflegedrehscheibe um den Bereich Wohnraumanpassung.

Gemeinderätin Schönbacher:

Sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Gäste, sehr geehrter Herr Stadtrat Krotzer! Wenn jemand pflegebedürftig ist, dann entstehen sehr viele Fragen für die Pflegebedürftigen selbst, aber auch für deren Angehörige und da freut es mich ganz besonders, dass wir eben in der Stadt Graz die Pflegedrehscheibe haben. Denn sie ist eine zentrale Anlaufstelle für Fragen von Pflegebedürftigen, aber auch von deren Angehörigen. Und dort steht eben im Mittelpunkt die persönliche und individuelle Beratung. Die Beratung dort wird sowohl mobil als auch immobil durchgeführt und daher wäre es naheliegend, die qualifizierte Wohnraumanpassung, die ja die Lebensqualität in den eigenen vier Wänden sichern soll, dort mitanzubieten durch die Drehscheibe. Daher stelle ich folgende Frage:

Gibt es bereits Pläne, diesen Bereich im Rahmen der Pflegedrehscheibe umzusetzen bzw. sind Sie bereit, Maßnahmen zur Integration eines solchen Angebotes in die zentrale Anlaufstelle „Pflegedrehscheibe“ zu erarbeiten?

Bürgermeister Mag. Nagl: Bitte um die Antwort.

Stadtrat Mag. Krotzer: Ja, liebe Frau Gemeinderätin Schönbacher. Die politischen Zuständigkeiten wechseln. Die Fragen bleiben dieselben. Glücklicherweise bleiben auch die Beschäftigten dieselben, nämlich vor allem in der Pflegedrehscheibe, aber auch die Menschen, die für Menschen im Alter zuständig sind, die hier Pflege machen. Wir wissen, dass es ein sehr wichtiger Bereich ist, und wie heikel diese Frage auch sein kann, hat uns auch letzte Woche der Bericht der Volksanwaltschaft vor Augen geführt, wo zahlreiche Missstände im Pflegebereich aufgezeigt worden sind, die vor allem auch dadurch herrühren, dass in dem Bereich natürlich, ja wie soll man sagen, also auch mitunter ein sehr großer Kostendruck entsteht, der auch dazu führt, dass der Pflegeschlüssel, ich sag einmal so, nicht dazu da ist, dass entsprechend die Menschen gepflegt werden können. Insofern ist es sehr wichtig, die Arbeit, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Grazer Pflegedrehscheibe machen, dass sie hier umfassende Leistungen sehr kompetent und unbürokratisch anbieten, sie geben Informationen unter anderem zur Anbringung von Haltegriffen in Bädern und WCs, zur Angleichung von Türschwellen, zur Entfernung von einem Boden, frei liegenden Kabeln oder auch Teppichen, die eine Gefährdung darstellen können oder auch zur Installation von Treppenliften. Das wird von der Pflegedrehscheibe angeboten, dazu gibt es, also wie Sie auch richtigerweise angeführt haben, seitens der Stadtbaudirektion, aber auch der Caritas Beratungen, die noch einmal über das Angebot der Pflegedrehscheibe hinausgehen und das Angebot der Caritas ist zudem auch ein aufsuchendes, das heißt, es wird hier auch dieser mobile Dienst angeboten, den Sie anregen. Ich habe mit den Kolleginnen und Kollegen in der Pflegedrehscheibe gesprochen, die eine solche Erweiterung des Angebotes, weil es eben von anderer Seite schon angeboten wird und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Graz zur Verfügung steht, derzeit nicht als unbedingt nötig erachten. Sollte es dennoch eingerichtet werden, muss man natürlich bedenken, dass das Kosten nach sich zieht, weil die Pflegedrehscheibe das derzeit fachlich und personell leider nicht leisten kann. Die Kosten für die Pflegedrehscheibe werden ja schon jetzt durch Unterstützung gestemmt, das ist einerseits durch das Land Steiermark, durch das Ressort von Herrn Drexler, mit der Übernahme eines Dienstpostens, andererseits war es auch so, dass unter Stadtrat Eustacchio hier Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt worden sind, auch der Dank dafür, das Ressort hat auch die baulichen Anpassungen 2015 getragen.

Jetzt ist es so, dass 2019 hier auch dieser einstweilige Mietvertrag ausläuft, wo wir natürlich hoffen, dass Bürgermeister Nagl, der jetzt ja die politische Verantwortung für die GGZ trägt, dann ebenso unbürokratisch wieder die Räumlichkeiten für die Pflegedrehscheibe zur Verfügung stellt, dass hier keine weiteren Kosten entstehen und wenn wir weiteren Spielraum für die Pflegedrehscheibe haben wollen, dann ist es natürlich auch wichtig, dass man die entsprechenden finanziellen, die finanzielle Ausstattung haben, also wenn hier etwas geplant ist, ist natürlich auch der Herr Stadtrat Riegler miteinzubeziehen, was den Eckwert betrifft, oder natürlich auch gerne die Unterstützung Ihrer Fraktion gefragt, dass man in den Budgetverhandlungen durch die Rathauskoalition das berücksichtigt.

Bürgermeister Mag. Nagl: Zusatzfrage?

Gemeinderätin Schönbacher: Dankeschön für die Beantwortung. Es ist mir eben deswegen sehr wichtig, weil wenn jetzt jemand Pflegegeld beantragt hat, dann kann es sein, dass ein Mitarbeiter vom Sozialministerium zu Besuch kommt, das ist schon einmal eine fremde Person, die ins Haus kommt, dann lässt man sich vielleicht noch beraten durch die Pflegedrehscheibe, das ist noch eine weitere Person, die fremd ins Haus kommt, und ich weiß natürlich, Caritas und Co. bieten das auch an, das heißt, es wäre eine dritte fremde Person, die ins Haus kommt, und das ist für ältere Menschen oft wirklich sehr schwer zuzulassen. Und daher ist es oft so, dass die älteren Menschen, die pflegebedürftig sind, auf diese Dienste dann verzichten, und deshalb meine Bitte an Sie, dass Sie wirklich vielleicht noch einmal sich das überlegen, ob Sie in die Pflegedrehscheibe die Wohnraumanpassung noch einmal hineindenken können, oder vielleicht auch wenigstens, dass sie Prospekte mitnehmen können, damit man sich da ein bisschen genauer informieren kann, auch als Angehöriger.

Bürgermeister Mag. Nagl: Antwort bitte.

Stadtrat Mag. Krotzer: Vielen Dank für die Anregung. Ich werde das auch so mitnehmen. Ich werde das auch mit der Frau Rieder von der Pflege, also die verantwortlich ist für die Pflegedrehscheibe, so besprechen, auch wie das, wie ihre Erfahrungen da sind, gerade eben auch seitens der Menschen, die auf Pflege angewiesen sind und wir werden den Themenkomplex sicher nicht abgeschlossen haben mit Ihrer Frage.

B.10) ÖV-Ausbau und budgetäre Vorsorge

Bürgermeister Mag. Nagl: Ok, Nächste ist Frau Gemeinderätin Tamara Ussner. Sie fragt Herrn Stadtrat Günter Riegler betreffend budgetäre Vorsorge für den ÖV-Ausbau.

Gemeinderätin Ussner: Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat, liebe Zuschauer/Zuschauerinnen auf der Bühne, sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler! Bereits seit Jahren werden wichtige Projekte im Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Graz nicht umgesetzt und aufgeschoben. Das Hauptargument ist dabei immer die Finanzierung des Ausbaues. Um einer wachsenden Stadt wie Graz jedoch ein ausreichendes öffentliches Verkehrsnetz zur Verfügung zu stellen, braucht es wichtige Ausbauarbeiten, wie die Innenstadtentflechtung und die Anbindung an das Areal Reininghaus. In der letzten Periode ist ja außer der Fertigstellung eines bereits laufenden Projektes nicht wirklich etwas passiert im Straßenbahnausbau, und unter anderem deshalb ist das öffentliche Verkehrsnetz in Graz zunehmend überlastet und kann zu Spitzenzeiten die Kapazitäten nur noch knapp bewältigen. In der Agenda 22 fehlen mir aber klare Angaben zur Finanzierung der dringend notwendigen Projekte und deswegen an Sie folgende Frage:

Für welche Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs, und hier insbesondere im Bereich des Straßenbahnausbaues, wird aus derzeitiger Sicht im Doppelbudget 2017/2018 Vorsorge getroffen werden?

Bürgermeister Mag. Nagl: Herr Stadtrat, bitte.

Stadtrat Dr. Riegler: Ja, danke für die Frage. Grundsätzlich kann ich Ihnen natürlich jetzt noch nichts sagen über das Budget, das wir ja am 29. Juni vorlegen werden. Es gibt verheißungsvolle Gespräche, die natürlich in die Richtung gehen, dass der Bund und das Land auch ihren Beitrag dazu leisten werden müssen, und da wiederum gibt es eigentlich schon zwischen Frau Stadträtin Kahr und mir das Wohlverständnis, dass wir selbstverständlich alle Hebel in Bewegung setzen werden, um Bund und Land davon zu überzeugen, uns auch eine Mitfinanzierung zu geben. Aber ich bitte Sie um Verständnis auch in diesem Punkt muss ich sagen, im Moment null, aber wir werden am 29. Juni mehr wissen.

Bürgermeister Mag. Nagl: Danke, gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin Ussner: Ja, lässt sich in irgendeiner Art und Weise eine Priorisierung von den Projekten bisher ableiten, also in der Agenda 22 zum Beispiel kommt ja die Südwestlinie gar nicht mehr vor, die als Erweiterung der Innenstadtentflechtung gesehen werden kann, Anbindung an Reininghaus kommt vor, aber kann man da irgendwas...

Bürgermeister Mag. Nagl: Herr Stadtrat, bitte.

Stadtrat Dr. Riegler: Also aus unserer Sicht, vielleicht gibt mir das auch gleich die Gelegenheit, mich als Jahreskarten-Benutzer der Straßenbahn zu outen und daher zu betonen, wie wichtig mir öffentlicher Verkehr und insbesondere auch Straßenbahn ist.

Wie wohl ich gerne auch mit dem Fahrrad unterwegs bin, aber ja, also wo wir uns wirklich bemühen werden, ist möglichst rasch einmal die Dinge voranzutreiben in punkto auf Smart City und in Bezug auf Reininghaus sowie natürlich hat große Dringlichkeit oder große Bedeutung auch die Erweiterung der Straßenbahnen um die Mittelteile, also da wird es sicherlich im heurigen... in dieser Periode wahrscheinlich schon noch Fortschritte oder ganz sicher große Fortschritte geben.

B.11) Bepflanzung Südgürtel

Bürgermeister Mag. Nagl: Ich komme leider nicht mehr zum Zug, darf aber nur sagen, dass die Bepflanzung am Südgürtel ausgeschrieben wurde. Damit habe ich es auch schon, glaube ich, fast beantwortet, weil die Sorge war, warum unser Anzuchtbetrieb die vielen Bäume nicht geliefert hat.

Meine geschätzten Damen und Herren, damit haben wir die Fragestunde auch geschafft.